

# UBA aktuell 4-5/2011

Informationen aus dem  
Umweltbundesamt



Liebe Leserin, lieber Leser,

sicher verfolgen Sie wie wir aufmerksam die deutsche Energiedebatte und kennen diesen Satz: Die EEG-Umlage macht den Strom teurer. Das Umweltbundesamt (UBA) kommt zu einem gegenteiligen Ergebnis. Unsere Berechnungen zeigen, dass rund 85 Prozent der Strompreisseigerungen zwischen 2000 und 2010 nicht auf das Konto der EEG-Umlage sondern andere Faktoren zurückgehen. Sinkende Strompreise an den Strombörsen haben den Energieunternehmen sogar niedrigere Einkaufskosten beschert, die manche Anbieter leider nicht an uns Endkunden weitergegeben haben.

Die gute Nachricht: Sie können ungerechtfertigten Strompreiserhöhungen problemlos aus dem Weg gehen, indem Sie einfach zu einem günstigeren Anbieter wechseln. Durch einen Wechsel lassen sich bis zu 200 Euro pro Jahr einsparen. Übrigens: Auch Angebote von Ökostromanbietern können zu erheblichen Kostensenkungen führen. Mehr Umweltschutz ist also keinesfalls teurer. Mehr dazu lesen Sie wie auch viele weitere Nachrichten rund um den Umweltschutz in dieser prall gefüllten Newsletter-Ausgabe.

Wir wünschen Ihnen besinnliche Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr!

Ihre

Pressestelle des Umweltbundesamtes

## INHALT

### +Schwerpunkt+

EEG-Umlage macht Strom nicht zu teuer

Großteil der Strompreiserhöhungen gehen auf andere Faktoren zurück

### +Nachrichten+

#### Gebrauchtfahrzeug oder Altfahrzeug?

Neue EU-Leitlinien sollen Klarheit schaffen

#### Abwrackprämie vervierfachte Altfahrzeugaufkommen

EU-Vorgaben trotz gesunken Verwertungsquoten erneut übertroffen

## Mehr Sicherheit für die Trinkwasserqualität in Gebäuden

Besserer Schutz vor Legionellen und Schadstoffen aus Installationsmaterialien

## Bundespreis Ecodesign startet 2012

Preis für umweltverträgliche Gestaltung von Produkten ausgelobt

## „Green-IT“-Kurzfilmwettbewerb

Computer, Plama-Fernseher und Co. müssen grüner werden

## Mit gutem Beispiel vorangehen

UBA-Bürogebäude in Berlin wird als Null-Energiehaus errichtet

## CO<sub>2</sub> – ein Stoff und seine Geschichte

Ausstellung zeigt facettenreiches Bild eines allgegenwärtigen Gases

## Gesucht und gefunden: Deutschlands gesündeste Unternehmen

UBA für sein Betriebliches Gesundheitsmanagement ausgezeichnet

## In eigener Sache

Bronze für UBA-Jahresbericht beim International Corporate Media Award

## +Personalien+

+Aus den UBA-Fachbereichen+

## Investitionen in eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung

Internationale UBA-Konferenz berät über nachhaltige Wohlstandsmodelle

## Luftverkehr in Startposition

Emissionshandel: UBA erteilt Airlines kostenlose Zertifikate zu

## Zuteilungsverfahren für dritte Handelsperiode hat begonnen

Emissionshandel: Antragsfrist für Anlagenbetreiber endet am 23. Januar 2012

## Kraftwerke in Deutschland

Aktualisierte Karten und Datenbank zeigen Status Quo

## Mehr Recycling, weniger Wertstoffe im Restmüll

Planspiel zur Einführung der „Wertstofftonne“ abgeschlossen

## Arzneimittel in der Umwelt

Empfehlung des UBA nennt konkrete Reduktionsmaßnahmen

## Leitkonzept „Stadt und Region der kurzen Wege“ erarbeitet

Institut für Urbanistik bemängelt Wirksamkeit bestehender Steuerungselemente

## Berichterstattung wird für Betriebe einfacher zu handhaben

Intelligente Prozesse sollen Akzeptanz der Industrie für Umweltschutz erhöhen

## Anlagensicherheit und Störfallvorsorge

Internationale Tagung zum 25. Jahrestag des Sandoz-Unfalls am Rhein

## Produktion von Edelstahl wird energieeffizienter

Gasverbrauch durch neuartigen Porenbrenner um die Hälfte gesenkt

## Abfallvermeidung durch innovative Sandaufbereitung

Vollständige Trennung von Formstoff und Fremdstoffen bei Gussteilherstellung

## Kältemittel für Auto-Klimaanlagen

Rundum-Sorglos-Paket für zukünftige Pkw-Klimatisierung steht noch aus

## Wassernutzungsabgaben erhalten und weiterentwickeln

Gewässerqualität verbessert - Verbesserungspotentiale vorhanden

## Besserer Schutz der Nord- und Ostsee

Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie schreitet voran

## Gewässerschutz ohne Grenzen

Wiederansiedlung von Lachs und Aal stellt hohe Ansprüche an Wasserkraftnutzung

## Wasserkraft, Gewässer- und Naturschutz besser vereinbaren

Ergebnisse eines EU-Workshops zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

## Fischschäden vermeiden – aber wie?

UBA gründet Forum „Fischschutz und Fischabstieg“

## Stickstoffdioxid-Immissionen in Ballungsräumen prognostizieren

UBA veröffentlicht Sachverständigengutachten als Hilfsmittel für Behörden

## VOC-Emissionen aus Lösemittelanlagen

Forschungsprojekt liefert qualifizierte Schätzung der Emissionsdaten

## Stoffeinträge über die Luft gefährden Ökosysteme

Nach wie vor hohe Einträge von Stickstoff- und Schwefelverbindungen

## Digitales Lexikon "Daten zur Umwelt" aktualisiert

Portal liefert fundierte Informationen zum Umweltschutz

## Umweltverträglichkeit wird Standardangabe bei Bauprodukten

Auslaugtests für Beton und Mörtel validiert

## Umweltforschungsstation Schneefernerhaus

10 Jahre Fortbildung zur Globalen Überwachung der Erdatmosphäre

## Datenbank für Altlasten aktualisiert

Neue Version mit zahlreichen Datensätzen zu Hintergrundwerten

+Neue Publikationen+

+Termine+

Impressum

+Schwerpunkt+

EEG-Umlage macht Strom nicht zu teuer

Eine Analyse des UBA zeigt: Rund 85 Prozent der Strompreisseigerungen zwischen 2000 und 2010 sind auf andere Faktoren als die EEG-Umlage zurückzuführen. Die Aufschläge bei den Strompreisen lassen sich nicht mit der EEG-Umlage begründen, denn der Erhöhung der Umlage standen erhebliche Kostensenkungen bei der Strombeschaffung gegenüber. Zu verdanken ist dies auch dem Ausbau der erneuerbaren Energien, der zu einem Rückgang der Preise an der Strombörse führte. „Das EEG ist nicht nur wichtig und notwendig für den Klimaschutz, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Wer bei der Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien nur auf einzelwirtschaftliche Kosten schaut, blendet wesentliche Aspekte aus: Gesamtwirtschaftlich gesehen, verringern die erneuerbaren Energien Umwelt- und Gesundheitsschäden in Milliardenhöhe. Wegen der steigenden Preise fossiler Energien wird die Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien mittelfristig am Markt sogar günstiger sein“, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth.

Während die EEG-Umlage bis zum Jahr 2009 relativ konstant war, stieg sie in den letzten beiden Jahren allerdings stark an. Ein Großteil dieses Anstiegs geht auf die gesunkenen Beschaffungskosten für konventionellen Strom zurück. Sinken die Beschaffungskosten für Strom an der Strombörse, nimmt der Abstand zu den gewährten Einspeisevergütungen zu. Dies erhöht unmittelbar die EEG-Umlage. Paradoxe Weise tragen auch die erneuerbaren Energien zu niedrigeren Preisen an der Strombörse und damit zur Erhöhung der EEG-Umlage bei. Denn sie verdrängen die teuersten konventionellen Stromanbieter vom Markt. In der Folge sinkt der Börsenpreis. Somit sind die tatsächlichen Zusatzkosten durch den Ausbau der erneuerbaren Energien niedriger als die EEG-Umlage.

Hintergrundpapier herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/4067.html>

Mehr Infos: [http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2011/pd11-008\\_uba\\_haelt\\_aktuelle\\_strompreiserhoehungen\\_fuer\\_ueberzogen.htm](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2011/pd11-008_uba_haelt_aktuelle_strompreiserhoehungen_fuer_ueberzogen.htm)

[zurück](#)

## +Nachrichten+

Gebrauchtfahrzeug oder Altfahrzeug?

Der Export von Gebrauchtwagen in Deutschland geht in die Millionen. Darunter sind auch fahruntüchtige Autos. Die seit 1. September 2011 geltenden Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 9 zur EG-Abfallverbringungsverordnung für Altfahrzeuge sollen mehr Klarheit bringen bei der Frage, was ein taugliches Gebrauchtfahrzeug und was ein zu verschrottendes Altfahrzeug ist. Die Leitlinien richten sich an Behörden, Exporteure und alle an alle Beteiligten des Fahrzeugexports. Gebrauchtfahrzeuge - und somit kein Abfall - sind nach den neuen Vorgaben solche Kraftfahrzeuge, die direkt betriebsbereit sind oder nur geringfügige Reparaturen benötigen und repariert werden können. Dies ist auf Verlangen der Behörde nachzuweisen - etwa über eine TÜV-Untersuchung. Die Leitlinien sind rechtlich nicht bindend, werden jedoch das Exportverhalten maßgeblich beeinflussen. Mit Hilfe der Bestimmungen möchte die EU beispielsweise verhindern, dass fahruntüchtige Autowracks, als Gebrauchtwagen deklariert, in Länder ohne entsprechende Recyclingtechnik exportiert werden. Hier besteht die konkrete Gefahr, dass Menschen und Umwelt unter unsachgemäßer Entsorgung leiden und recycelbare Rohstoffe verloren gehen.

Mehr Infos und Leitlinien: <http://www.bmu.de/39643>  
<http://ec.europa.eu/environment/waste/shipments/guidance.htm>

Verordnung über die Verbringung von Abfällen: <http://www.bmu.de/39578>

Abwrackprämie vervierfachte Altfahrzeugaufkommen

Die Abwrackprämie hatte teilweise starke Auswirkungen auf die Altfahrzeugverwerter. Laut Statistischem Bundesamt stieg die Zahl der Altfahrzeuge von 420.000 im Vorjahr 2008 auf 1,78 Millionen im Jahr 2009. Die teilweise Zwischenlagerung von Altfahrzeugen und eine geringere Ersatzteilgewinnung führten außerdem zu vermindernten Verwertungsquoten. Insgesamt wurden im Jahr 2009 nur 86,7 Prozent der ausrangierten Automobile verwertet (2008: 92,9 Prozent), davon 82,9 Prozent stofflich (2008: 89,2 Prozent) und 3,8 Prozent energetisch, jeweils bezogen auf das Gesamtgewicht des Fahrzeugs. Deutschland übertrifft damit auch im Jahr 2009 die Vorgaben der EG-Altfahrzeug-Richtlinie von 85 Prozent Gesamtverwertung und 80 Prozent stofflicher Verwertung. Gegenläufig zum Anstieg der Altfahrzeugmenge sank der Export von Gebrauchtwagen von rund zwei Millionen Pkws (2008) auf etwa 1,2 Millionen im Jahr 2009; davon wurde unverändert ein Viertel der Autos in Länder außerhalb der EU exportiert, hauptsächlich nach Westafrika und in Länder der ehemaligen Sowjetunion. Anfang 2009 beschloss die Bundesregierung das Konjunkturpaket II. Darin enthalten war auch die sogenannte Abwrackprämie. Wer einen mindestens neun Jahre alten Wagen verschrottete und ein anderes Fahrzeug kaufte, erhielt 2500 Euro.

Deutscher Bericht an die EU-Kommission:

[http://www.bmu.de/abfallwirtschaft/abfallarten\\_abfallstroeme/altfahrzeuge/doc/47598.php](http://www.bmu.de/abfallwirtschaft/abfallarten_abfallstroeme/altfahrzeuge/doc/47598.php)

Altfahrzeug-Verwertungsquoten in den EU-Mitgliedsstaaten 2006 bis 2008:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/waste/data/wastestreams/elvs>

## Mehr Sicherheit für die Trinkwasserqualität in Gebäuden

Seit 1. November 2011 ist die Untersuchung von Trinkwasser-Installationssystemen auf Legionellen auch in gewerblich genutzten Räumen wie Mietshäusern verbindlich. Das legt die 1. Verordnung zur Änderung der Trinkwasserverordnung fest. Bisher bestand diese Pflicht nur für öffentliche Gebäude. Verbindlich sind nun auch technische Regeln für den Bau und Betrieb neuer Trinkwasserversorgungsanlagen. Das vermeidet Fehler bei der Trinkwasser-Installation, die zu Legionellenwachstum führen oder dazu, dass sich aus ungeeigneten Materialien Stoffe im Trinkwasser lösen könnten. Als erstes Land in der EU führt Deutschland zudem einen Grenzwert für das Schwermetall Uran im Trinkwasser ein. Künftig liegt die Obergrenze für Uran im Trinkwasser bei 10 Mikrogramm pro Liter Wasser.

Die jährliche Untersuchung auf Legionellen muss in Anlagen, die mindestens 400 Liter speichern beziehungsweise deren Leitungsinhalt mehr als drei Liter fasst, durchgeführt werden. Legionellenerreger können beim Einatmen belasteter Aerosole, etwa beim Duschen, in den Körper gelangen und im ungünstigsten Fall schwere Lungenentzündungen sowie das grippeähnliche Pontiac-Fieber hervorrufen. Gefährliche Legionellenmengen können im warmen Wasser entstehen, wenn zum Beispiel durch Baufehler in den Anlagen die erforderlichen Temperaturen (Kaltwasser < 25 und Warmwasser > 55 °C) nicht eingehalten werden.

Trinkwasserverordnung: [http://www.gesetze-im-internet.de/trinkwv\\_2001/BJNR095910001.html](http://www.gesetze-im-internet.de/trinkwv_2001/BJNR095910001.html)

Broschüre "Rund ums Trinkwasser": <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4083.html>

Hintergrundpapier "Legionellen im Trinkwasser": <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/3983.html>

Kurzbegründung für die Höhe des Grenzwerts für Uran im Trinkwasser:  
<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4193.html>

## Bundespreis Ecodesign startet 2012

UBA und Bundesumweltministerium loben Anfang Januar 2012 erstmals den „Bundespreis Ecodesign“ aus. Ziel ist es, gute Beispiele für ökologisches Design auf diesem Gebiet zu fördern. Der „Bundespreis Ecodesign“ wird für Arbeiten aus den Bereichen „Produkt“ (Produkte, Dienstleistungen und Systeme) und „Konzept“ (Prototypen und Konzeptstudien) verliehen. Zusätzlich wird ein Nachwuchspreis vergeben. Das Internationale Design Zentrum Berlin (IDZ) wurde mit der Konzeption und Durchführung des Wettbewerbs beauftragt und wird dabei von einem Projektbeirat unterstützt. Ausführliche Informationen zum Projekt sind ab Januar im Internet abrufbar. Interessierte können sich bereits jetzt in einen E-Mail-Verteiler eintragen.

Mehr Infos: [www.bundespreis-ecodesign.de](http://www.bundespreis-ecodesign.de)

Verteiler: [www.tinyurl.com/bundespreis-ecodesign](http://www.tinyurl.com/bundespreis-ecodesign)

## „Green IT“-Kurzfilmwettbewerb

Computer, HD-Fernseher und Co. müssen grüner werden. Das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) hat unter der Schirmherrschaft des UBA-Präsidenten Jochen Flasbarth einen Kurzfilmwettbewerb zum Thema „Grüne IT“ ausgeschrieben. Gesucht werden Kurzfilme und Videospots von maximal fünf Minuten Länge, die unterhaltsam über die Zusammenhänge zwischen Informations- und Kommunikationstechnik, Klimaschutz und Ressourcenschonung informieren. Die eingereichten Beiträge werden auf YouTube hochgeladen. Eine Jury wählt die drei besten Vorschläge aus, der Hauptpreis beträgt 1.000 Euro. Einsendeschluss ist der 12. Februar 2012. Studien zufolge verursacht die Informations- und Kommunikationstechnik rund zehn Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland.

Mehr Infos: <http://www.itz.de/itz-im-ueberblick/profil/itz-kurzfilmwettbewerb>

Mit gutem Beispiel vorangehen

Das UBA geht mit eigenem Beispiel voran und baut für seine Berliner Zweigstelle in Marienfelde ein Mindest-Nullenergiehaus. Das „Haus 2019“ erfüllt die Anforderungen der ab 2019 geltenden EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Die Energie für den Betrieb liefern Photovoltaik und Wärmepumpen auf dem Gelände, die den Energiegehalt von Wasser nutzen, das für Versuchsteiche gefördert wird. Außerdem kommen schadstofffreie Baustoffe zum Einsatz; der gesamte Rohbau samt Fassade ist aus Holz, einem nachwachsenden Rohstoff, gefertigt. Das Gebäude soll den Goldstandard des Bewertungssystems des Bundes zum „Nachhaltigen Bauen“ erreichen. Bei der Grundsteinlegung am 7. November 2011 sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Jan Mücke: „Der Gebäudebereich spielt eine Schlüsselrolle beim Klima- und Ressourcenschutz. Der UBA-Neubau ist ein Beispiel dafür, wie nachhaltiges Bauen mit hohen ökologischen Standards auch in Bürogebäuden umgesetzt werden kann.“ Ende 2012 soll das Gebäude fertiggestellt sein und Platz für attraktive Büros von 30 Beschäftigten bieten.

## CO<sub>2</sub> – Ein Stoff und seine Geschichte

Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist als Hauptverantwortlicher des vom Menschen verursachten Treibhauseffektes und damit des Klimawandels bekannt geworden. Das ist aber nur ein Aspekt dieses allgegenwärtigen Gases. Eine Ausstellung im UBA präsentiert die Geschichte des CO<sub>2</sub> und seiner wechselvollen Bedeutung für das Leben und das Klima auf der Erde. Die Wanderausstellung wurde vom Wissenschaftszentrum Umwelt der Universität Augsburg entwickelt. Sie lädt die Besucher zu einer Reise durch Natur- und Menschenwelt ein und begleitet sie von den ältesten Zeugnissen des Gases in der Urzeit bis zur Gegenwart. Mit Experimenten, Exponaten und Lernplattformen entsteht ein dreidimensionales, interaktives Erlebnis. Ein echtes Blatt des Urbaums ist ebenso Teil der Ausstellung wie der letzte Rest des wundertätigen Quirinus-Erdöls vom Tegernsee. Die Ausstellung ist noch bis 31. Januar 2012 in der Deutschen Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt, Bismarckplatz 1, 14193 Berlin-Grunewald zu sehen.

Mehr Infos: <http://www.co2-story.de/ausstellung.html>

Gesucht und gefunden: Deutschlands gesündeste Unternehmen

Das UBA hat für sein Betriebliches Gesundheitsmanagement den Corporate Health Award 2011 im Bereich Öffentliche Verwaltung erhalten. Der Preis prämiert jährlich Unternehmen, die sich in besonders vorbildhafter Weise für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter einsetzen und damit deutschlandweit Standards setzen. Über 230 Unternehmen hatten sich dieses Jahr um den Preis beworben. „Am Anfang stand ein Gedanke: Dass Gesundheit einen Wert darstellt. Für jeden Einzelnen, für die Gesellschaft, für das Umweltbundesamt. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilen diese Ideen, die sie mit uns verwirklichen, sie lebendig werden lassen, in die Realität umsetzen“, sagte der Leiter der Zentralabteilung, Karsten Klenner, anlässlich der Preisverleihung Anfang November in Frankfurt. Für das UBA ist die betriebliche Gesundheitsförderung eine Kernaufgabe. Das Amt hat seit Mitte der neunziger Jahre ein Bündel von Strategien und Maßnahmen entwickelt, um die Gesundheitsressourcen der Beschäftigen zu stärken - zum Beispiel flexible Arbeitszeiten, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder die Veranstaltung von Gesundheitstagen.

Mehr Infos zum Corporate Health Award: <http://www.corporate-health-award.de/verleihung/cha-2011.html>

In eigener Sache

Nach der Auszeichnung in Silber beim Best of Corporate Publishing Award (BCP) im Sommer wurde das UBA erneut in diesem Jahr für seinen Jahresbericht ausgezeichnet.

„Schwerpunkte 2011“ erhält beim 2. International Corporate Media Award (ICMA) Bronze in der Kategorie „Annual Reports“. „Alles ist perfekt aufeinander abgestimmt“, so lautet das Urteil der Jury, der wie schon beim ersten ICMA der Jahresbericht des UBA erneut sehr positiv aufgefallen ist. Am Wettbewerb hatten sich 241 Publikationen aus dem In- und Ausland beteiligt. Es wurden 10 Auszeichnungen in Gold, 9 in Silber und 7 in Bronze sowie zahlreiche Anerkennungen vergeben. Der ICMA ist aus dem European Newspaper Award hervorgegangen und soll vor allem den Austausch kreativer Ideen auf internationaler Ebene fördern.

Mehr Infos zum ICMA: <http://www.corporate-media-award.com/>

„Schwerpunkte 2011“ lesen/herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/jahresbericht-aktuell.htm>

[zurück](#)

+Personalien+

Andreas Troge mit Herbert-Gruhl-Preis ausgezeichnet

Der ehemalige Präsident des UBA, Andreas Troge, ist am 9. September 2011 in Jena mit dem Herbert-Gruhl-Preis geehrt worden. Der promovierte Volkswirt bekomme die Auszeichnung für sein vorbildliches Wirken als Chef der größten deutschen

Umweltbehörde, sagte in seiner Laudatio Volker Kempf, der Vorsitzende der Herbert-Gruhl-Gesellschaft. Während Troges langjähriger Dienstzeit habe das UBA mit seiner fundierten Expertise die Bundesregierung beraten und die Öffentlichkeit umfassend in allen Umweltbelangen informiert. Der nach dem Politiker, Umweltschützer und Buchautor Herbert Gruhl benannte und 2001 erstmals verliehene Preis würdigt alle zwei Jahre eine Persönlichkeit, „die in herausragender Weise ökologisch fundierte Erkenntnisse in die politische Realität eingebracht hat“. In seiner Dankesrede wies Andreas Troge darauf hin, dass die Dringlichkeit von Umweltproblemen unverändert hoch ist. So sei der Flächenverbrauch auf nationaler und internationaler Ebene noch ungebremst und zum Teil sogar intensiver geworden. Troge kam 1990 zum UBA, zunächst als Vizepräsident. Von 1995 bis 2009 leitete er das Amt.

Mehr Infos: <http://www.herbert-gruhl.de/html/tagung2011.html>

Lebenslauf von Andreas Troge:

[www.umweltbundesamt.de/uba-info/lebenslauf-prof-troge.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info/lebenslauf-prof-troge.pdf)

#### +Aus den UBA-Fachbereichen+

Investitionen in eine zukunftsähige wirtschaftliche Entwicklung

Konzepte für grüne Zukunftsmärkte und eine Green Economy standen im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz des UBA Ende September in Berlin. „Green Economy“ steht für ein energie- und ressourceneffizienteres Wirtschaften. Damit soll weltweit eine nachhaltige Entwicklung initiiert werden, die Armut abbaut und ökologische Grenzen einhält. Einen wichtigen Schritt dazu bilden Investitionen in grüne Zukunftsmärkte. „Wir müssen die richtigen Marktsignale senden, umweltschädigende Beihilfen abschaffen und die Nachhaltigkeit bei Produktion und Konsum fördern“, sagte EU-Umweltkommissar Janez Potocnik in seiner Eröffnungsrede. Dabei stellte er wesentliche Punkte des von der EU-Kommission aufgelegten Fahrplans für ein ressourceneffizientes Europa vor. Die Tagung fand im Vorfeld der Rio+20-Konferenz statt, bei der im Juni kommenden Jahres die internationale Staatengemeinschaft über Wege zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verhandelt.

Mehr Infos: [http://www.greenmarkets2011.org/home\\_de/dok/43567.php](http://www.greenmarkets2011.org/home_de/dok/43567.php)

#### Luftverkehr in Startposition

Dieser Tage erhielten die Deutschland zugeordneten Airlines erstmals einen Bescheid über ihre CO2-Zertifikate. Damit erfahren die Unternehmen, welche Anzahl an Zertifikaten ihnen für den europäischen Emissionshandel bis 2020 zusteht. Zunächst werden 85 Prozent der zur Verfügung stehenden Zertifikate kostenlos an Luftfahrzeugbetreiber ausgegeben, 2013 sinkt die Anzahl auf 82 Prozent. Diese kostenlosen Zertifikate - basierend auf den durchschnittlichen Emissionen des Luftverkehrs in den Jahren 2004 bis 2006 - werden nach europaweit einheitlichen Regeln an die betroffenen Luftfahrzeugbetreiber aus der EU und Drittstaaten vergeben. In Deutschland ist hierfür die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im UBA zuständig. Die restlichen Zertifikate müssen die Betreiber am Markt

zukaufen, um ihre Emissionen vollständig abzudecken. Insgesamt teilt die DEHSt für das Jahr 2012 42,8 Millionen Zertifikate sowie für die Jahre 2013-2020 jeweils 40,5 Millionen Zertifikate zu. Diese haben nach aktuellen Marktpreisen einen Wert von insgesamt etwa drei Milliarden Euro.

Die Emissionen der Luftfahrt haben sich in der EU seit 1990 fast verdoppelt. Der Emissionshandel ist ein wirksames Instrument, um dieses Problem in den Griff zu bekommen“, sagt UBA-Präsident Jochen Flasbarth Die finanzielle Belastung für Passagiere durch den Emissionshandel dürfte relativ gering halten. Für ein einfaches Flugticket von Berlin nach Mallorca ist beispielsweise mit Mehrkosten von maximal 1,50 Euro zu rechnen, unter Berücksichtigung der kostenlosen Zuteilung sind die Mehrkosten noch einmal deutlich geringer. Viel mehr ins Gewicht fallen die Schwankungen beim Kerosinpreis oder bei den Ticketpreisen verschiedener Airlines. Bis zum 28. Februar 2012 werden die zugeteilten Zertifikate an die Luftfahrzeugbetreiber ausgegeben. Im Frühjahr 2013 müssen die Betreiber über ihre tatsächlichen Emissionen im Jahr 2012 berichten und die entsprechende Anzahl an Zertifikaten abgeben.

Weitere Termine und mehr Infos:

[http://www.dehst.de/DE/Teilnehmer/Luftfahrzeugbetreiber/luftfahrzeugbetreiber\\_node.html](http://www.dehst.de/DE/Teilnehmer/Luftfahrzeugbetreiber/luftfahrzeugbetreiber_node.html)

Fact Sheet zum Luftverkehr im Emissionshandel:

[http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Fact\\_Sheet\\_LV.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Fact_Sheet_LV.pdf?__blob=publicationFile)

Zuteilungsverfahren für dritte Handelsperiode hat begonnen

Das UBA hat am 20. Oktober 2011 die Frist für Anträge auf Zuteilung kostenloser Emissionsberechtigungen für die dritte Handelsperiode 2013-2020 im Elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Anlagenbetreiber haben bis zum 23. Januar 2012 Zeit, ihre Anträge bei der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) im UBA einzureichen. Voraussetzung hierfür war das Inkrafttreten des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes sowie der Zuteilungsverordnung 2020. Mit der Bekanntgabe der Antragsfrist hat in Deutschland das Zuteilungsverfahren begonnen.

Das UBA erwartet etwa 2.000 Anträge auf Zuteilung kostenloser Emissionsberechtigungen von Anlagen der emissionsintensiven Industrie und der Energiewirtschaft. Wie in den beiden vorangegangenen Handelsperioden stellt das UBA den Anlagenbetreibern eine Antragssoftware zur Verfügung. Für Anlagenbetreiber, die bis zum Fristende am 23. Januar 2012 keinen Antrag auf Zuteilung eingereicht haben, erlischt der Zuteilungsanspruch. Sie müssen dann ihren gesamten Bedarf an Emissionsberechtigungen zukaufen. Für Neuanlagen mit einer Emissionsgenehmigung nach dem 30.06.2011 gilt eine gesonderte Regelung. In der dritten Handelsperiode von 2013 bis 2020 wird das europäische Emissionshandelssystem weitreichend harmonisiert. Neben der gemeinsamen Obergrenze für Treibhausgasemissionen gelten erstmals in allen EU-Mitgliedstaaten dieselben Regeln für die Zuteilung von kostenlosen Emissionsberechtigungen.

Weitere Infos: [http://www.dehst.de/DE/Teilnehmer/Anlagenbetreiber/Zuteilung-2013-2020/zuteilung-2013-2020\\_node.html](http://www.dehst.de/DE/Teilnehmer/Anlagenbetreiber/Zuteilung-2013-2020/zuteilung-2013-2020_node.html)

Fact Sheet zur dritten Handelsperiode:

[http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Fact\\_Sheet\\_EH\\_2013-2020.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Fact_Sheet_EH_2013-2020.pdf?__blob=publicationFile)

Pressehintergrundpapier zum Zuteilungsverfahren:

[http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Hintergrundpapier\\_Zuteilung-2020.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Hintergrundpapier_Zuteilung-2020.pdf?__blob=publicationFile)

## Kraftwerke in Deutschland

Das UBA hat seine Karten „Kraftwerke und Verbundnetze in Deutschland“, „Kraftwerke und Windleistung in Deutschland“ sowie seine Datenbank „Kraftwerke ab 100 MW in Deutschland“ aktualisiert. Die Kraftwerksdatenbank des UBA enthält Informationen zu in Betrieb befindlichen Kraftwerksstandorten der öffentlichen Stromversorgung, zu Industriekraftwerken und zu Bahnkraftwerken ab einer elektrischen Bruttolleistung von 100 Megawatt pro Block beziehungsweise Kraftwerk. Verschiedene auf diesen Daten basierende Karten veranschaulichen auch grafisch den aktuellen Zustand des deutschen Kraftwerksparks.

Karten herunterladen:

<http://www.umweltbundesamt.de/energie/archiv/kraftwerkskarte.pdf>

[http://www.umweltbundesamt.de/energie/archiv/kraftwerke\\_mit\\_windleistung.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/energie/archiv/kraftwerke_mit_windleistung.pdf)

[http://www.umweltbundesamt.de/energie/archiv/kraftwerke\\_in\\_deutschland.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/energie/archiv/kraftwerke_in_deutschland.pdf)

## Mehr Recycling, weniger Wertstoffe im Restmüll

Die „Gelbe Tonne“ soll zu einer „Wertstofftonne“ weiterentwickelt werden. Damit verfolgt die Bundesregierung das Ziel, mehr Abfälle zu recyceln und natürliche Ressourcen zu schonen. Zukünftig sollen in dieser „Wertstofftonne“ neben den Verpackungen auch Alltagsgegenstände aus Metall und Kunststoff gesammelt werden, die bislang noch in der Restmülltonne landen. Dazu zählen zum Beispiel Kochtöpfe, Kunststoffeimer oder Spielzeug. Zuvor ist jedoch zu klären, wer für die Organisation der Wertstofferfassung verantwortlich sein soll und wie sie finanziert wird. Antworten darauf sollte das „Planspiel zur Fortentwicklung der Verpackungsverordnung“ geben. Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und Landesbehörden, der Entsorgungswirtschaft, des Handels, der Hersteller sowie der Umweltverbände diskutierten hierbei eingehend ein rein privatwirtschaftliches Modell und ein Modell mit kommunaler Erfassungsverantwortung. Die Erkenntnisse aus diesem Planspiel sind nun in einem Abschlussbericht zusammengefasst und bilden gemeinsam mit den Ergebnissen weiterer Forschungsvorhaben die Grundlage für den anstehenden Rechtsetzungsprozess.

Abschlussbericht herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-infomedien/4174.html>

Weitere UBA-Studien Infos zur Wertstofftonne:

<http://www.umweltbundesamt.de/abfallwirtschaft/index.htm>

## Arzneimittel in der Umwelt

Wie lassen sich Einträge von Medikamenten und ihrer Rückstände (HAMR) aus der Umwelt in das Roh- und Trinkwasser vorsorglich verhindern? Diese Frage beantwortet konkret eine Empfehlung des UBA, die auf fachlichen Beiträgen aus einem Expertengespräch im Jahr 2010 basiert und in Kürze im Bundesgesundheitsblatt veröffentlicht wird. Auch die Trinkwasserkommission des Bundesgesundheitsministeriums stand beratend zur Seite.

Mehr als 25.000 Tonnen Arzneimittelwirkstoffe werden in Deutschland jährlich an die Versicherten abgegeben. Über 100 Wirkstoffe und ihre Rückstände wurden in Flüssen und Seen, in Grundwasser, Boden und Meeren schon gefunden. HAMR gefährden Ökosysteme und sind im Trinkwasser unerwünscht. Mit den Ausscheidungen des Menschen gelangen sie in die Kanalisation. Kläranlagen eliminieren zwar sehr viele davon, aber nicht alle. Hier setzen die neuen Empfehlungen des UBA an. Sie sind entweder direkt zu realisieren oder handlungsleitend für eine Reihe spezifischer Unterempfehlungen. Sie sagen nicht nur, wie das Vorkommen von HAMR in den Gewässern bereits jetzt rasch zu mindern sondern auch, wie ihre zuverlässige Bewertbarkeit aus trinkwasserhygienischer Sicht nachhaltig zu verbessern wäre. Das UBA rät der Fachwelt und den Aufsichtsbehörden, sich über die konkrete Abfolge der von ihm empfohlenen Maßnahmen möglichst bald an einem „Runden Tisch“ zu verständigen, der alle Akteure zusammenführt und ihre Interessen ausgleicht oder bündelt. Noch ist Zeit zum Handeln, wenn unser Trinkwasser morgen und übermorgen noch mindestens so rein und gesund sein soll wie heute.

Empfehlung (wird in Kürze publiziert im Bundesgesundheitsblatt, Heft 1/2012):

[http://www.google.com/url?q=http://www.umweltdaten.de/wasser/themen/trinkwasserkommision/massnahmeempfehlung\\_hamr.pdf&sa=U&ei=ceLxTvPvBoqk-gb4jNGqAQ&ved=0CBcQFjAJ&client=internal-uds-cse&usg=AFQjCNF4kLAGNtn1TdLBGuhhRLBs6kTTPQ](http://www.google.com/url?q=http://www.umweltdaten.de/wasser/themen/trinkwasserkommision/massnahmeempfehlung_hamr.pdf&sa=U&ei=ceLxTvPvBoqk-gb4jNGqAQ&ved=0CBcQFjAJ&client=internal-uds-cse&usg=AFQjCNF4kLAGNtn1TdLBGuhhRLBs6kTTPQ)

Bericht zum Fachgespräch von 2010: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4024.html>

Umweltbewertung von Arzneimitteln:

<http://www.umweltbundesamt.de/chemikalien/ärzneimittel/index.htm>

Hintergrundpapier "Arzneimittel in der Umwelt":

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/3757.html>

Leitkonzept „Stadt und Region der kurzen Wege“ erarbeitet  
Täglich werden 87 Hektar für Siedlungs- und Verkehrszwecke verbraucht. Die starke Flächeninanspruchnahme ist eine Gefahr für den Erhalt der biologischen Vielfalt, weil unzerschnittene und verkehrsarme Räume verloren gehen. Die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung sieht daher die Erstellung eines Leitkonzepts „Stadt der kurzen Wege“ vor, das bis 2020 umzusetzen ist. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat nun im Auftrag des UBA eine entsprechende Ausarbeitung vorgelegt. Die wesentlichen Elemente einer Stadt und Region der kurzen Wege sind eine kompakte Siedlungsstruktur, Nutzungsmischung sowie eine attraktive Gestaltung des öffentlichen Raumes.. Angesichts der nationalen Zielsetzungen bemängelt das Difu eine zu geringe Wirksamkeit bestehender Steuerungsinstrumente und schlägt unter anderem zielgerichtete fiskalische und finanzielle

Anreize zur Beeinflussung der Flächennutzung und Flächenausweisung vor. Das Leitkonzept enthält einen umfangreichen Katalog mit konkreten Handlungsempfehlungen, die auch für andere Politikfelder interessant sind.

Leitkonzept herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4151.html>

Berichterstattung wird für Betriebe einfacher zu handhaben

Vielfältige Daten zu Schadstoffen, Emissionen oder zum Zustand der Umwelt werden jedes Jahr erhoben - oft direkt bei den Betreibern von Anlagen oder dezentralen Behörden. Sie sollen dazu dienen, den Zustand unserer Umwelt bewerten und entsprechende Maßnahmen einleiten zu können. Diese Berichtspflichten sind oft mit einem enormen, bürokratischen Aufwand verbunden - und dadurch wenig akzeptiert. Hier setzt das jetzt beendete Projekt „XUBetrieb“ an: Daten- und Prozessmodelle von zwölf der aufwendigsten Umweltberichtspflichten wurden dokumentiert, auf Überschneidungen untersucht, vereinheitlicht und neu zugeschnitten. Die standardisierten Modellkomponenten werden helfen, Schnittstellen zwischen Fachanwendungen schneller und preiswerter zu entwickeln und Fehlinterpretationen und Typkonflikte zu verringern. Das wiederum reduziert Kosten bei Unternehmen und Verwaltungen. Mit dem Projekt baut das UBA auf den guten Erfahrungen auf, die beim deutschen Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister PRTR mit konsequent elektronisch gestalteten Berichtsketten gemacht wurden.

<http://xubetrieb.de/>

<http://prtr.bund.de/>

Anlagensicherheit und Störfallvorsorge

Vor 25 Jahren am 1. November 1986 ereignete sich einer der größten vom Menschen verursachten Chemieunfälle in der Geschichte Europas: Aus Anlagen des Schweizer Chemieunternehmen Sandoz bei Basel lief nach einem Großfeuer 20 Tonnen giftiger, rotgefärbter Löschschaum ungehindert in den Rhein - ein enormes Fischsterben war die Folge, fast die gesamte Aalpopulation starb. In Erinnerung an die Katastrophe veranstalteten Bundesumweltministerium, UBA und die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen in Europa (UNECE) einen internationalen Workshop zum Risikomanagement bei gefährlichen Anlagen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Bilanzierung des bisher Erreichten, der noch vorhandenen Defizite und der zukünftigen Herausforderungen beim Risikomanagement gefährlicher Anlagen.

Mehr Infos zur Veranstaltung in englischer Sprache: <http://www.kas-bmu.de/unece/>

Produktion von Edelstahl wird energieeffizienter

Die Edelstahlwerke Schmees GmbH in Langenfeld hat mit finanzieller Förderung des Bundesumweltministeriums eine neuartige, energieeffiziente Pfannenaufheizstation errichtet, bei der statt Flammenbrennern, flammenlose Gas-Porenbrenner verwendet werden. So können im Vergleich zum bisherigen Stand der Technik rund 60 Prozent Erdgas bei der Pfannenvorwärmung eingespart werden, was zu jährlichen Einsparungen von 61.400

Kubikmetern Erdgas und damit von mehr als 100 Tonnen vermiedenen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten führt. Gleichzeitig erhöhen sich die Gussstückqualitäten und die Lebensdauer der Pfannen verdoppelt sich.

In Gießereien ist nach dem Erschmelzen des metallischen Werkstoffs oft ein Transport des flüssigen Metalls vom Schmelzofen zur Gießhalle notwendig. Hierfür werden Transportpfannen verwendet, die mittels konventioneller Flammenbrenner von unten mit offener Flamme vorgewärmt werden. Dabei werden große Mengen an Erdgas verbraucht, weil die Vorwärmung der Oberflächen nur sehr inhomogen erfolgt und viel der eingesetzten Energie als Abwärme verloren geht. Das Bundesumweltministerium fördert Innovationsvorhaben mit Modelcharakter, die dazu beitragen, die Umweltbelastungen erheblich zu verringern. Das UBA begleitet die Projekte des Umweltinnovationsprogramms fachlich.

Weitere Infos zum Programm: [www.umweltinnovationsprogramm.de](http://www.umweltinnovationsprogramm.de)

#### Abfallvermeidung durch innovative Sandaufbereitung

Bei der Gießerei Ohm & Häner in Olpe wurde im Rahmen des Umweltinnovationsprogramms (UIP) des Bundesumweltministeriums eine neuartige, ressourcenschonende Sandaufbereitung errichtet. Diese erlaubt erstmalig eine vollständige Trennung von Form- und Fremdstoffen in einer Aluminium-Sandgießerei. So werden jährlich der Einsatz von bis zu 12.650 Tonnen Neusand und das Aufkommen von 13.800 Tonnen Altsand-Abfall vermieden. Parallel werden die Gussteilqualitäten verbessert und der formstoffbedingte Ausschuss reduziert.

Für die Gussteilherstellung sind definierte Formen notwendig, die oft aus einem Sand/Ton-Gemisch bestehen, dem sogenannten tongebundenen Formsand oder Formstoff. Dieser muss nach dem Abguss aufwendig in einer Sandaufbereitungsanlage aufgearbeitet werden, um verfahrensbedingt eingetragene Fremdstoffe zu entfernen und die notwendigen Formstoffqualitäten wieder herzustellen. In Gießereien mit konventioneller Aufbereitung für tongebundenen Formsand, die kunstharzgebundene Kerne für das Herstellen von Gussteilen mit komplizierten Strukturen verwenden, ist eine vollständige Trennung von Form- und Fremdstoffen bisher nicht möglich gewesen. Daher werden große Mengen Altsand als Abfall entsorgt und durch Neusand ersetzt.

Weitere Infos zum Programm: [www.umweltinnovationsprogramm.de](http://www.umweltinnovationsprogramm.de)

#### Kältemittel für Auto-Klimaanlagen

Bereits seit Anfang dieses Jahres darf in Europa das bisher übliche fluorierte Treibhausgas R134a als Kältemittel in Klimaanlagen neuer Typen von Pkw und kleineren Nutzfahrzeugen nicht mehr eingesetzt werden. Das regelt die europäische Richtlinie 2006/40/EG. Zunächst sind für neue Fahrzeugtypen klimaschädliche Kältemittel mit einem Treibhauspotenzial über 150 verboten, ebenso deren nachträgliches Einfüllen. Ab 2017 gilt das Verbot für die Klimaanlagen aller neuen Pkw und kleinerer Nutzfahrzeuge. Als Ersatzstoff wird die Automobilindustrie anstatt des lange favorisierten, natürlichen Kältemittels CO<sub>2</sub> das brennbare, fluorierte Kältemittel R1234yf einsetzen. Im Gegensatz zu CO<sub>2</sub> besitzt R1234yf ein höheres Treibhauspotential und birgt weitere Risiken für Gesundheit und Umwelt.

1234yf ist brennbar und bildet beim Verbrennen Fluorwasserstoff, der beim Einatmen oder Hautkontakt zu irreversiblen Schäden führen kann. CO<sub>2</sub> hat hingegen eine hohe Kälteleistung, ist nicht brennbar, bildet keine Zerfallsprodukte und ist weltweit kostengünstig verfügbar. In Kombination mit einer Wärmepumpenfunktion zum Heizen ist mit CO<sub>2</sub> eine höchst effiziente Pkw-Klimatisierung möglich.

Hintergrundpapier „Natürliche Kältemittel für Pkw-Klimaanlagen“:

<http://www.uba.de/uba-info-medien/4055.html>

Mehr Infos zum Thema“: <http://www.umweltbundesamt.de/produkte/fckw/touran.htm>

<http://www.umweltbundesamt.de/produkte/fckw/automobilklimaanlagen.htm>

Wassernutzungsabgaben erhalten und weiterentwickeln

Eine neue Studie im Auftrag des UBA zeigt, dass sich die bestehenden Wassernutzungsabgaben (Abwasserabgabe und Wasserentnahmementgelte) bewährt haben. So hat die bundesweit seit 1981 erhobene Abwasserabgabe den Vollzug gestärkt und dazu beigetragen, dass die Gewässergüte verbessert wurde. Die Gutachter weisen aber auch auf Defizite und Verbesserungspotentiale hin. Bei der Abwasserabgabe empfehlen sie die Aufnahme weiterer Schadstoffe, die Ausrichtung an tatsächlich eingeleiteten Konzentrationen, die Anpassung der Abgabesätze an die Inflation sowie die Reduzierung von Verrechnungs- und Ausnahmemöglichkeiten intensiv zu prüfen. Bei den in 11 Bundesländern erhobenen Wasserentnahmementgelten sehen sie erhebliche Harmonisierungspotentiale. Ferner zeigen sie die ökonomischen und rechtlichen Grenzen von Wassernutzungsabgaben auf. So halten sie die Einführung von Abgaben für die Binnenschifffahrt und die Wasserkraftnutzung nicht für zielführend. Die Studie erscheint zum richtigen Zeitpunkt, da die EU-Kommission Ende September 2011 in einem Vertragsverletzungsverfahren von Deutschland verlangt, kostendeckende Wasserpriese für diverse Wassernutzungen, so auch für Hochwasserschutz, Binnenschifffahrt und Wasserkraftnutzung zu erheben.

Studie herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/4189.html>

Besserer Schutz der Nord- und Ostsee

Erklärtes Ziel der Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) ist es, einen guten Zustand der Meeresumwelt zu erhalten oder bis spätestens 2020 zu erreichen. Damit sind umfangreiche Aufgaben für die EU-Mitgliedstaaten verbunden. Nachdem das Gesetz zur Umsetzung der MSRL Mitte Oktober in Kraft trat, muss Deutschland der Kommission bis zum 15. Juli 2012 drei Berichte vorlegen: die Erfassung des aktuellen Zustands der nationalen Meeresgewässer einschließlich einer wirtschaftlichen und sozialen Analyse der Meeresnutzungen, die Beschreibung des Umweltzustands (GES) und die Festlegung von Umweltzielen zur Erreichung des GES. Dies bildet die Grundlage für die Erstellung von Überwachungs- und Maßnahmenprogrammen, die die Mitgliedstaaten 2014 beziehungsweise 2015 der EU Kommission übermitteln müssen.

Die an der Umsetzung der Richtlinie beteiligten Behörden haben in einer Auftaktveranstaltung der Öffentlichkeit Berichtsentwürfe zur Anfangsbewertung, zum GES

und zu den Umweltzielen für die Nord- und Ostsee vorgestellt, die die Einflüsse durch menschliches Handeln auf die Meeresgewässer betrachten. Die Entwürfe sind im Internet eingestellt. Die Öffentlichkeit kann bis zum 16. April 2012 dazu Stellung nehmen. Die in der Anfangsbewertung eingeflossenen sozio-ökonomischen Daten für die Nord- und Ostsee sind in einem Gutachten der Universität Göttingen im Auftrag des Umweltministeriums zusammengetragen und aufbereitet worden. Dazu gehört eine wirtschaftliche und soziale Analyse der Meeresnutzungen, wie zum Beispiel Schifffahrt, Offshore Industrien, Fischerei, Tourismus oder Schadstoffeinleitungen. Das Gutachten macht auch deutlich, dass zur Kostenermittlung der Verschlechterung der Meeresumwelt noch erhebliche Datenlücken bestehen.

Berichtsentwürfe und Konsultation:

<http://www.meeresschutz.info/index.php/berichte.html>

Mehr Infos zur Umsetzung:

<http://www.umweltbundesamt.de/wasser/themen/meere/meeresstrategie-rahmenrichtlinie/umsetzung.htm>

Gutachten herunterladen:

[http://www.umweltbundesamt.de/wasser/themen/downloads/meere/gutachten\\_zur\\_ergaenzung\\_der\\_oekonomischen\\_anfangsbewertung.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/wasser/themen/downloads/meere/gutachten_zur_ergaenzung_der_oekonomischen_anfangsbewertung.pdf)

#### Gewässerschutz ohne Grenzen

Ist es möglich in einem intensiv genutzten Flussgebiet, wie dem Einzugsgebiet der Weser, Lachs und Aal so anzusiedeln, dass sich die Populationen ohne Hilfe des Menschen erhalten können? Lässt sich der Einfluss vieler Hindernisse -insbesondere von Wasserkraftanlagen - in den Wanderstrecken der Fische ausgleichen? Diesen Fragen widmete sich in den vergangenen Jahren ein Forschungsvorhaben des UBA in enger Abstimmung mit der Flussgebietsgemeinschaft Weser. Das Ergebnis: Eine Kompensation ist möglich. Die Anforderungen, die dafür an Fischaufstieg, Fischschutz und an Fischabstieg, aber auch an den Gewässer- und Meeresschutz zu stellen sind, sind jedoch hoch. Auch ohne Wanderhindernisse in den Flüssen müsste der Fortpflanzungserfolg von Lachsen im Wesergebiet verzehnfacht werden. Zudem müssten mehr als 97,5 Prozent der aufsteigenden und mehr als 95 Prozent der absteigenden Fische problemlos und ohne Schädigung jedes Wanderhindernis im Fluss überwinden können.

Mehr Infos: <http://www.umweltbundesamt.de/wasser-und-gewaesserschutz/index.htm>

#### Wasserkraft, Gewässer- und Naturschutz besser vereinbaren

Im September 2011 fand in Brüssel der 2. EU-Workshop zum Thema „Wasserrahmenrichtlinie und Wasserkraft“ statt, an dem zahlreiche Vertreter aus 25 Mitgliedstaaten und elf EU-Interessenverbänden von Wasserkraft und Gewässerschutz teilnahmen. Die Teilnehmer diskutierten gute Praktiken zur Erreichung des guten ökologischen Zustands, strategische Planungsinstrumente für die Entwicklung der Wasserkraft und die Umsetzung der Prüfbestimmungen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bei Verschlechterungen des Gewässerzustands infolge neuer Projekte (Art. 4(7) WRRL). Eines der Ergebnisse war, dass die Bereiche Energie, Gewässerschutz und Naturschutz

stärker im Zusammenhang betrachtet werden sollten. Hinsichtlich der ökonomischen Vertretbarkeit von Maßnahmen bei Wasserkraftanlagen wurde deutlich, dass - je nach lokalen Gegebenheiten - für die Einhaltung der Anforderungen der WRRL nur Einbußen zwischen 1,5 und 5 Prozent der jeweiligen Wasserkraftleistung zu erwarten sind. Die EU-Kommission, Großbritannien und das UBA organisierten den Workshop mit Hilfe von weiteren Staaten und dem Ecologic Institut.

Ergebnisse des Workshops sowie einer EU-Umfrage: <http://www.ecologic-events.eu/hydropower2/background.htm>

Fischschäden vermeiden – aber wie?

Das UBA richtet für die kommenden drei Jahre ein "Forum zum Stand der Entwicklung von Strategien, Methoden und Anlagen zum Schutz und zur Etablierung von Fischpopulationen" ein. Den Fachleuten von Wasserwirtschaft und anderen Ressorts des Bundes und der Länder, von Wissenschaft, Ingenieurwasserbau, Fischerei und Wasserkraft wird eine Diskussionsplattform zum Informationsaustausch geboten. Ziel des Forums ist es, gemeinsam Thesen zum Sachstand der Verfahren des Fischabstiegs an Wanderhindernissen zu erarbeiten. Das Forum wird aus dem Umweltforschungsplan des Bundesumweltministeriums gefördert und soll in Workshops arbeiten, die 2012 beginnen. Ansprechpartner für weitere Fragen: Stephan Naumann, Fachgebiet II 2.4 "Binnengewässer". E-Mail: [stephan.naumann@uba.de](mailto:stephan.naumann@uba.de).

Stickstoffdioxid-Immissionen in Ballungsräumen prognostizieren In Deutschland müssen Kommunen und Gemeinden wegen erhöhter Stickstoffdioxid-(NO<sub>2</sub>)-Immissionen Luftreinhaltepläne aufstellen. Das sieht die 39. Bundes-Immissionsschutzverordnung vor, die europäisches Recht umsetzt und einen Grenzwert von maximal 40 Mikrogramm NO<sub>2</sub> je Kubikmeter Luft vorschreibt. Für die Aufstellung von Luftreinhalteplänen ist es notwendig, Immissionsprognosen zur Verursacheranalyse sowie zur Beurteilung der Wirksamkeit von Maßnahmen durchzuführen. Um die Anwendbarkeit verschiedener Prognoseansätze zu prüfen, hat das UBA die Eignung mehrerer Verfahren sowie Modellketten zur Berechnung der NO<sub>2</sub>-Konzentrationen untersuchen lassen.

Die Untersuchung zeigt Möglichkeiten und Grenzen der Ansätze sowie den Grad der Übereinstimmung mit Messwerten auf. Die Studie macht deutlich, dass mehrere Verfahren gleichwertige Ergebnisse liefern können, wenn bestimmte Eingangsinformationen sorgfältig erhoben und im komplexen Modellierungsprozess berücksichtigt werden. Umgekehrt bedeutet dies, dass Abstriche und Vereinfachungen in der Datenerhebung zu erhöhten Unsicherheiten im Endergebnis führen. Mit der Studie steht den zuständigen Behörden ein Werkzeug zur Verfügung, mit dessen Hilfe sie die Güte zu erstellender Prognosen besser steuern können.

Bericht herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4191.html>

## VOC-Emissionen aus Lösemittelanlagen

Die Bundesregierung ist verpflichtet, der EU-Kommission über die Umsetzung der Lösemittelrichtlinie zu berichten. Ziel der Richtlinie ist es, die Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) zu vermindern, die bei der Lösungsmittelanwendung in verschiedenen Anlagearten, zum Beispiel in Lackierereien, entstehen. VOCs sind mitverantwortlich für die Bildung von Ozon in den Sommermonaten, dem sogenannten Sommersmog. In Deutschland wurde die Richtlinie mit der 2. BImSchV und der 31. BImSchV umgesetzt. Für die Jahre 2008 und 2010 verlangte die Kommission erstmalig Angaben über die Menge der VOC-Emissionen aus den betroffenen Anlagenarten. Da es sich um mehr als 10 000 Anlagen in Deutschland handelt, wurde die Datenermittlung durch ein Forschungsvorhaben unterstützt. Es gelang eine qualifizierte Schätzung der Emissionsdaten auf der Basis von Hochrechnungen und einem Abgleich mit dem deutschen Lösemittelinventar durchzuführen. Abschließend wurden die Ergebnisse mit Vertretern der Bundesländer diskutiert und deren Plausibilität bestätigt. Damit konnte die Berichterstattung Deutschlands Ende September termingerecht erfolgen.

Bericht herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/4163.html>

## Stoffeinträge über die Luft gefährden Ökosysteme

Luftverunreinigungen aus Landwirtschaft, Industrie, Haushalt und Verkehr werden über die Atmosphäre transportiert und schädigen Land- und Wasserökosysteme. In einem Forschungsprojekt im Auftrag des UBA wurden die atmosphärischen Einträge von Stickstoff und Schwefel für die Jahre 2005 bis 2007 ermittelt. Grundlagen der flächendeckenden Erfassung ist eine Kombination von Mess- und Modellwerten. Die eingetragenen Schadstoffmengen wurden mit ökosystemspezifischen kritischen Belastungsraten (Critical Loads) verglichen. Nachhaltig geschützt sind nur Flächen, auf denen diese Critical Loads unterschritten werden. Die Ergebnisse zeigen, dass gegenwärtig nur gut die Hälfte der Ökosystemflächen in Deutschland langfristig vor Versauerung geschützt ist. Bei der düngenden Wirkung des Stickstoffs (Eutrophierung) ist dies sogar nur für ein Viertel der Ökosysteme der Fall. Um den langfristigen Bestand der Ökosysteme zu gewährleisten, müssen daher vor allem die Emissionen von reaktivem Stickstoff in Zukunft weiter gesenkt werden.

Abschlussbericht herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/4137.html>

Broschüre "Stickstoff - zu viel des Guten?": <http://www.uba.de/uba-info-medien/4058.html>

## Digitales Lexikon "Daten zur Umwelt" aktualisiert

Das beliebte Rechercheportal „Daten zur Umwelt“ ist vollständig aktualisiert worden. Interessierte finden hier Antworten auf alle wichtigen Umweltfragen: Wie sauber ist unserer Atemluft? Wie verschmutzt sind Deutschlands Flüsse und Seen? Belastet der Verkehr die Umwelt immer noch so stark wie vor zehn Jahren? Auf einen Klick erhält man Hintergrundinformationen zu relevanten Gesetzen und umweltpolitischen Zielen. Zahlreiche Diagramme und Tabellen verdeutlichen den Rückgang der Treibhausgase in

Deutschland oder die negativen Effekte des Verkehrslärms auf den Menschen. Abgerundet wird das Angebot durch Lektüretipps und Links zu weiterführenden Informationsquellen.

Zum Portal: <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de>

Umweltverträglichkeit wird Standardangabe bei Bauprodukten  
Verwender von Bauprodukten bekommen bislang keine Auskunft über Schadstofffreisetzung mit der in der EU zwingenden CE-Kennzeichnung eines Bauprodukts. Dies soll sich bald ändern. Der Verein Deutscher Zementwerke und das Institut für Bauforschung der RWTH Aachen haben im Auftrag des UBA Validierungsversuche für einen neuen europäischen Auslaugtest durchgeführt und seine Robustheit bestätigt. Sobald die neue Methode im Jahr 2013 veröffentlicht wird, ist ihre Verwendung sowohl im Kontext der neuen EU-Verordnung (Nr. 305/2011) für Bauprodukte als auch bei freiwilligen Kennzeichnungen dringend zu empfehlen. Die neue Methode bietet eine solide Grundlage, die Unbedenklichkeit von Bauprodukten für Boden und Gewässer sicherzustellen.

Forschungsbericht herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-infomedienv/4153.html>

Mehr Infos: <http://www.umweltbundesamt.de/produkte/bauprodukte/eg-bauproduktenrichtlinie.htm>

Umweltforschungsstation Schneefernerhaus

Global Atmosphere Watch, kurz GAW, entwickelte sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem der wichtigsten Dauerbeobachtungsprogramme der Weltorganisation für Meteorologie, einer Fachorganisation der UNO. Ziel des Programms ist es, auf hohem Qualitätsniveau Informationen über die Hintergrundbelastung der Atmosphäre mit Luftverunreinigungen und anderen Spurenstoffen zu gewinnen. Seit zehn Jahren finden für das Stammpersonal der weltweit über 400 GAW-Messstationen regelmäßig Fortbildungen auf der Zugspitze statt. Mitte Oktober wurde in der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus das runde Jubiläum gefeiert. Bisher besuchten mehr als 220 Teilnehmer aus 56 Ländern ein zwei Wochen dauerndes Training auf der Zugspitze zur Messung von Klimagasen, Aerosolen und weiteren klimarelevanten Spurenstoffen. Das international anerkannte Ausbildungsprogramm wird vom Land Bayern und dem UBA gefördert. Die nächste Fortbildung wird es im Juli kommenden Jahres geben.

<http://www.umweltbundesamt.de/luft/umweltbeobachtung/gaw/index.htm>

<http://gawtec.de/>

[http://www.wmo.int/pages/prog/arep/gaw/gaw\\_home\\_en.html](http://www.wmo.int/pages/prog/arep/gaw/gaw_home_en.html)

<http://www.schneefernerhaus.de>

Datenbank für Altlasten aktualisiert

Die Datenbank STARS stellt mit ihren über 250.000 Datensätzen seit vielen Jahren Informationen zu bodenschutz- und umweltrelevanten Stoffen für die Medien Boden, Wasser und Luft in komprimierter und anwenderfreundlicher Form bereit. In der neuen

STARS Version 4.2.1 sind die von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) veröffentlichten „Flächenrepräsentativen Hintergrundwerte für Arsen, Antimon, Beryllium, Molybdän, Kobalt, Selen, Thallium, Uran und Vanadium in Böden Deutschlands“ recherchierbar. Die Datensammlung ist ein wichtiges Fachwerkzeug für alle, die in den Bereichen Bodenschutz, Gewässerschutz, Altlastenbearbeitung, Land- und Forstwirtschaft tätig sind. Grundlage der STARS bilden Fachdatenbanken, Gesetzestexte, Fachliteratur und aktuelle Forschungsprojekte.

[www.stoffdaten-stars.de](http://www.stoffdaten-stars.de)

[zurück](#)

#### +Neue Publikationen+

Umweltbewusst reinigen – nachhaltig und hygienisch

Pro Jahr werden in Deutschland etwa 480.00 Tonnen Haushaltsreiniger und Geschirrspülmittel verkauft. Ein neuer Flyer des UBA gibt Tipps zum sparsamen Umgang mit Wasch- und Reinigungsmitteln und zu umweltfreundlichen Produkten. Letztere sind zu erkennen an der Euroblume, dem europäischen Umweltzeichen. Der Flyer ist auch in türkischer Sprache erhältlich.

Flyer bestellen/herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4162.html>

Erneuerbare Energien vermeiden klimaschädliche Emissionen

Der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien reduziert den Einsatz fossiler Energieträger und vermindert so den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase. Im Jahr 2010 konnten in Deutschland durch den Einsatz erneuerbarer Energien insgesamt rund 118 Millionen Tonnen (Mio. t) CO<sub>2</sub>-Äquivalente vermieden werden. Davon entfielen auf den Stromsektor 75 Mio. t, auf den Wärmesektor 38 Mio. t und auf den Verkehrsbereich 5 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Das geht aus einer aktuellen Veröffentlichung des Bundesumweltministeriums hervor, an der das UBA mitwirkte. Die Publikation dokumentiert im Detail die neueste Entwicklung der erneuerbaren Energien auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Die Stromerzeugung aus Wind, Sonne und anderen Quellen entsprach 2010 einem Anteil von 17 (2009: 16,3) Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Die Anteile erneuerbarer Energien am Energieverbrauch für Wärme betrugen 9,5 (2009: 8,9) Prozent, bei den Kraftstoffen lagen sie bei 5,8 (2009: 5,5) Prozent.

"Erneuerbare Energien in Zahlen 2010" herunterladen: <http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/2720>

Klimaschutz in den Bundesländern noch ausbaufähig

Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, seine Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Auch die meisten Bundesländer haben entsprechende Minderungsziele verabschiedet. Deren Summe reicht dafür jedoch nicht aus, um dem Bundesziel gerecht zu werden. Das ist das Ergebnis einer vom UBA betreuten

Masterarbeit. Die Autorin zeigt darin auf, welche Handlungsmöglichkeiten die Länder im Klimaschutz haben und mit welchen Methoden diese ihre Treibhausgasemissionen bilanzieren. Abschließend stellt sie die Summe der Länderziele dem Bundesziel gegenüber und diskutiert Ansätze, an denen sich die Länder bei der Zielsetzung orientieren können.

Masterarbeit herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/4146.html>

Online-Dienst zum Umgebungslärm

DIN Umgebungslärm online bietet rechtliche und technische Dokumente zur Ermittlung, Darstellung und Beurteilung von Umgebungslärm. Außerdem enthält der Online-Dienst technische Regeln für die Ermittlung und Angabe von Geräuschkennwerten von Maschinen und Anlagen. Er gliedert sich in vier Praxiskapitel: die europäische Outdoor-Richtlinie, die europäische Umgebungslärm-Richtlinie sowie die jeweiligen nationalen Umsetzungen durch Verordnungen zum Bundesimmissionsschutzgesetz (32. BImSchV und 34. BImSchV). In jedem Praxiskapitel finden sich neben den Titeldokumenten weitere Regelwerke, die zur Umsetzung erforderlich sind. Das kostenpflichtige Angebot wurde vom Normenausschuss Akustik, Lärmminderung und Schwingungstechnik im DIN und VDI entwickelt. Die Einzelplatzlizenz für ein Jahr kostet 398 Euro.

Mehr Infos: <http://www.din-umgebungslaerm.de>

Die Böden Deutschlands entdecken

Böden sind unbekannte Schätze. Sie sind Lebensraum für Pflanzen und Tiere und eine wichtige Lebensgrundlage für uns Menschen. Mit dem neu aufgelegten Reiseführer „Die Böden Deutschlands“ will das UBA den Boden in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Die reich bebilderte Broschüre stellt 70 Standorte von Bodenerlebnispfaden, Museen und bodenkundlichen Sammlungen in den Bundesländern vor. Neben den vorgestellten Reisezielen gibt es weitere Informationen zu den jeweiligen Böden, Beschreibungen der Landschaft und Hinweise zu vielfältigen Aspekten des Bodenschutzes. Der Reiseführer erschien bereits im Mai 2001 und hat seither mehrere Auflagen erlebt. Er wurde jetzt umfassend überarbeitet.

Reiseführer bestellen/herunterladen:

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4161.html>

Reiseführer als HTML-Dokument:

<http://www.umweltbundesamt.de/boden-und-altlasten/boden/bildung/reisef/index.htm>

Wie wirksam sind Umweltzonen?

Ab 1. Januar 2012 richten weitere Städte in Deutschland Umweltzonen ein oder verschärfen die Voraussetzungen zur Einfahrt in Umweltzonen. Die Zeitschrift „UMID: Umwelt und Mensch - Informationsdienst“ erörtert in ihrer neuen Ausgabe, wie wirksam Umweltzonen in Städten und Ballungsräumen sind. Fachleute aus Berlin, München und Nordrhein-Westfalen berichten über ihre Erfahrungen mit der Einrichtung von Umweltzonen und zeigen, dass diese zu einer nachweisbaren Verbesserung der Luftqualität

führen und damit wirkungsvoll zum Schutz der menschlichen Gesundheit beitragen. Außerdem im Heft: ein neues Messverfahren für Gerüche aus Bauprodukten, erste Erfahrungen mit dem Online-Portal „GrippeWeb“ sowie ein Beitrag zur Risikokommunikation beim Ausbau der Stromnetze. „UMID“ erscheint 3- bis 4-mal im Jahr und informiert zu aktuellen Themen aus den Bereichen Umwelt & Gesundheit, Umweltmedizin und Verbraucherschutz. Die Onlineversion kann kostenlos abonniert werden.

UMID lesen/herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/umid/index.htm>

UMID abonnieren: <http://www.umweltbundesamt.de/umid/umid-abo.php>

„Umwelt und Landwirtschaft“ jetzt auch auf Englisch

Wie wirkt sich die moderne Landwirtschaft auf Boden, Wasser, Luft oder das Klima aus? Die wichtigsten Antworten gibt die Broschüre „Umwelt und Landwirtschaft“, die ab sofort auch in der englischen Fassung erhältlich ist. Zahlen und Fakten ermöglichen eine fundierte Diskussion über den Umweltschutz in der Landwirtschaft: Was wurde schon erreicht und wo bestehen noch Probleme? Grafiken, Karten und Tabellen bilden die Zusammenhänge verständlich ab.

Broschüre herunterladen/bestellen: <http://www.uba.de/uba-info-medien-e/4129.html>

Mehr Infos (auf Deutsch, laufend aktualisiert): <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de>

DV-gestützte Anwendungen im Bodenschutz- und Altlastenbereich

Der Tagungsband enthält alle Vortragsmanuskripte sowie 23 Steckbriefe zur Kurzbeschreibung der auf Bundes- und Länderebene und in den Forschungseinrichtungen verfügbaren DV-Anwendungen zu den Themenbereichen: Boden- und Grundwasserschutz, Flächenrecycling, Altlasten und umweltschutzrelevante Stoffdatenbanken (Stand: September 2010).

Bericht herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/4120.html>

+Termine+

17.01.2012, Berlin

Innovationspreis „Klima und Umwelt“

Infos: <http://www.iku-innovationspreis.de/>

18.01.2012, Berlin

Workshop „Herkunftsachweisregister (HKNR) für Strom aus erneuerbaren Energiequellen“

Infos: <http://www.umweltbundesamt.de/energie/hknr/index.htm>

26.01.2012, Frankfurt am Main

690. Dechema-Kolloquium „Geoengineering - Plan B gegen den Klimawandel“

UBA aktuell 4-5/2011. Informationen aus dem Umweltbundesamt vom 22.12.2011

Infos: [http://events.dechema.de/Kolloquien+2011\\_2012/690\\_Geoengineering.html](http://events.dechema.de/Kolloquien+2011_2012/690_Geoengineering.html)

[zurück](#)

## Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt

Pressestelle

Wörlitzer Platz 1

06844 Dessau-Roßlau

<http://www.umweltbundesamt.de>

Redaktion: Fotini Mavromati

E-Mail: [fotini.mavromati@uba.de](mailto:fotini.mavromati@uba.de)

„UBA aktuell“ erscheint fünfmal pro Jahr und bietet Interessenten einen Überblick über die Aktivitäten und Arbeitsergebnisse des UBA. Wenn Sie diesen Service nicht mehr in Anspruch nehmen wollen oder sich Ihre E-Mail-Adresse geändert hat, klicken Sie bitte auf <http://www.UBA.de/newsletter/index.htm>. Dort können Sie den Newsletter abbestellen oder uns Ihre neue Adresse mitteilen.